

**Vereinbarung nach § 94 des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes
über
die Anordnung von Überstunden im Rahmen der Umsetzung von „Hartz IV“**

Zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg

vertreten durch den Senat - Personalamt - als oberste Dienstbehörde

einerseits

und

dem DBB Hamburg

- Beamtenbund und Tarifunion -

und

dem Deutschen Gewerkschaftsbund

- Bezirk Nord -

andererseits

wird Folgendes vereinbart:

Präambel

Das In-Kraft-Treten der von Bundestag und Bundesrat beschlossenen SGB II und SGB XII („Hartz IV“) zum 1. Januar 2005 bedeutet nicht nur ein völlig neues Recht, das sich in vielerlei Hinsicht vom bisherigen Sozialhilferecht unterscheidet, sondern es erfordert auch die Errichtung völlig neuer Verwaltungsstrukturen. Insofern sind die Verwaltung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor eine doppelte Herausforderung gestellt, die in ihrer Schwierigkeit und ihrem Umfang weit über den laufenden Verwaltungsvollzug erprobter oder novellierter Gesetze hinausgeht.

Die Verwaltung benötigt auch in diesem Fall die engagierte und hoch motivierte Mitarbeit ihrer Beschäftigten. Um hierfür im Einvernehmen möglichst günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, sind sich alle Beteiligten einig, dass zur Begleitung von Hartz IV eine Vereinbarung nach § 94 des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes (HmbPersVG) geschlossen werden soll.

Die Verhandlungen, die am 24.8.2004 begonnen haben, können nicht hinsichtlich aller Sachbereiche sofort abgeschlossen werden. Da die umfangreichen Arbeiten zur Einführung von Hartz IV jedoch alsbald beginnen sollen, haben die Beteiligten sich darauf verständigt, - unbeschadet anderer Beteiligungstatbestände - die Frage der Überstunden vorab in einer gesonderten Vereinbarung zu regeln. Im Hinblick auf diese Erwägungen schließen die Beteiligten die folgende Vereinbarung:

§ 1**Richtlinien und Rahmenbedingungen**

(1) Die Bezirksämter und andere betroffenen Behörden können im Rahmen der Umsetzung des SGB II und SGB XII bis zum 31. Dezember 2004 Überstunden bzw. Mehrarbeit (im Weiteren als „Überstunden“ bezeichnet) anordnen. Die Beteiligten gehen davon aus, dass zwingende dienstliche Verhältnisse diese Maßnahme erfordern. Es ist sicherzustellen, dass die angeordneten und geleisteten Überstunden gegenüber der Gleitzeit abgegrenzt werden. Für die Verteilung der Überstunden gelten die in den folgenden Absätzen niedergelegten Grundsätze.

(2) Überstunden sind vorrangig für solche Beschäftigten anzuordnen, die sich freiwillig hierzu bereit erklärt haben. Für andere Beschäftigte dürfen Überstunden nur angeordnet werden, wenn dies unerlässlich ist. Die Überstunden sind auf eine möglichst große Zahl von Beschäftigten zu verteilen. Auf die persönlichen Verhältnisse soll auf Antrag Rücksicht genommen werden, soweit dies nicht zu einer unzumutbaren Belastung anderer Beschäftigter führt. Bei einer maßgeblichen Änderung der persönlichen Verhältnisse ist die Anordnung zu überprüfen und ggf. zu ändern oder aufzuheben.

(3) Überstunden sind nach dem Dienst- und Tarifrecht vorrangig durch Freizeit auszugleichen. Ein Ausgleich in Geld kommt grundsätzlich nur in Betracht, wenn ein Ausgleich in Freizeit aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich ist (§ 76 Absätze 2 und 3 HmbBG; § 17 Abs. 5 BAT).

(4) Überstunden sind innerhalb des Ausgleichszeitraums durch Freizeit auszugleichen.¹ Im Beamtenbereich beträgt der Ausgleichszeitraum 12 Monate (§ 76 Abs. 2 Satz 2 HmbBG). Im Angestelltenbereich wird über den in § 17 Abs. 5 BAT vorgesehenen Zeitraum von drei Monaten hinaus von der FHH ein Ausgleichszeitraum von insgesamt 12 Monaten übertariflich gewährt, soweit der einzelne Beschäftigte dies beantragt.

(5) Die Überstunden werden in der Regel montags bis freitags geleistet. Regelungen für den Sonnabend können von den betroffenen Dienststellen unter Beachtung der personalvertretungsrechtlichen Regelungen und unter Berücksichtigung der Wünsche der Beschäftigten getroffen werden.

(6) Die Arbeitslast im Rahmen der Einführung von SGB II und SGB XII wird vor dem 31.12.2004 und während des gesamten Jahres 2005 aller Voraussicht nach so groß sein, dass einem Freizeitausgleich innerhalb des Ausgleichszeitraums (Absatz 4) in der Regel zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen werden (Absatz 3 Satz 2). Es ist Aufgabe der Behördenleitung bzw. der Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft nach § 44b SGB-II, die Möglichkeit zum Freizeitausgleich und ggf. ihren Umfang kontinuierlich zu prüfen, festzustellen

¹ **Protokollnotiz:** Die Beteiligten stimmen darin überein, dass die Ausgleichsansprüche, die für die bis zum 31.12.2004 geleisteten Überstunden entstehen, nicht mit dem 01.01.2005 untergehen. Es wird daher sichergestellt, dass der Ausgleich der bis zum 31.12.2004 geleisteten Überstunden auch in der ARGE erfolgen kann.

len und aktenkundig zu machen. Soweit die Möglichkeit zum Freizeitausgleich danach eingeschränkt ist, gilt das Folgende:

- a) Soweit Freizeitausgleich möglich ist, sind dafür vorrangig Beschäftigte auszuwählen, die dies ausdrücklich wünschen. Auf Antrag sind bei der Auswahl die glaubhaft gemachten persönlichen Verhältnisse (z.B. Familie, pflegebedürftige oder kranke Angehörige) gebührend zu berücksichtigen. Im Übrigen ist der Freizeitausgleich auf möglichst viele Beschäftigte zu verteilen. Die Gewährung von Freizeitausgleich darf nicht zu einer unverträglichen Arbeitsbelastung anderer Beschäftigter führen.
- b) Soweit kein Ausgleich in Freizeit innerhalb des Ausgleichszeitraums (Absatz 4) gewährt werden konnte, ist ein Ausgleich in Geld zu zahlen. Da Freizeitausgleich regelhaft nicht möglich sein wird (s.o.), hat – soweit ein Beschäftigter dies beantragt – der Ausgleich in Geld sofort und nicht erst nach Ablauf des Ausgleichszeitraums zu erfolgen.

(7) Soweit ein Freizeitausgleich nur teilweise möglich ist, ist der Rest der Überstunden durch Geld auszugleichen.

(8) Der tarifrechtliche Anspruch der Angestellten auf den Zeitzuschlag für Überstunden (§ 17 Abs. 5 BAT i.V.m. § 35 Abs. 1 BAT) kann unbeschadet der Frage, ob ein Freizeitausgleich noch ganz oder teilweise stattfinden wird, bereits nach Ablauf des Monats, in dem die Überstunden geleistet worden sind, erfüllt werden.

(9) Die gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen sind einzuhalten.

§ 2

Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am 30. August 2004 in Kraft.

Hamburg, den 27. August 2004

Freie und Hansestadt Hamburg

- Für den Senat -


Dr. Volker Bonorden

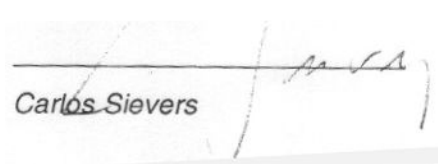
DBB Hamburg

- Beamtenbund und Tarifunion -


Gerd Tiedemann

Deutscher Gewerkschaftsbund

- Bezirk Nord -


Carlos Sievers